

## "Angst vor dem Brüsseler - Europa" Realität und Illusion der EG/EU

Die Frage ist nicht, ob die Schweizer Angst vor Europa bzw. der Europäischen Union haben; die Frage ist eher, ob die von der Schweiz bei einem Beitritt zu leistenden Opfer gerechtfertigt wären gemessen an den deutlich zutage tretenden inneren und äusseren *Schwächen* der EU.

Frage **eins**: Kann je mit einem *starken, in sich geeinten, auf der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten und demokratisch aufgebauten Europa* gerechnet werden - ein Europa, das nach innen und nach aussen die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu garantieren vermöchte und deshalb beispielsweise unsere Neutralität überflüssig machen würde.

Frage **zwei**: Können die EG/EU die *wirtschaftlichen Bedürfnisse aller seiner Mitglieder und Völker so befriedigen*, dass kein Mitgliedland mehr darauf angewiesen ist, die Interessen seiner Bevölkerung durch Abschluss individueller Verträge mit Drittländern zu wahren: Mit anderen Worten keine individuelle völkerrechtliche Handlungsfähigkeit mehr braucht. Es ist dies die auch heute noch sogar innerhalb der EU umstrittene "treaty-making-power", obwohl auf dem Papier (Römerverträge) die exklusive Kompetenz der EU-Organe auf ausserwirtschaftlichem Gebiet verbrieft ist. Von einzelnen Mitgliedstaaten wird das zwar immer wieder, im Falle ungenügender Berücksichtigung ihrer Interessen durch die Kommission in Brüssel, bestritten, wie das Frankreich kürzlich an der letzten Gatt-Runde getan hat.

Frage **drei**: Ist schliesslich die *gemeinsame Grenze der EU* bereits heute so solide gesichert, dass sowohl Schmuggel von Waren und Dienstleistungen als auch illegale Einreisen unerwünschter Ausländer unterbunden werden?

Nur wenn diese **drei Fragen** mit einem *klaren Ja* beantwortet werden können, könnte dem Schweizervolk in guten Treuen der Beitritt zur EU empfohlen werden.

### EU: Die Wirklichkeit

Jahre lang sind die Folgen eines *Alleingangs der Schweiz* in den schwärzesten Farben geschildert worden. Jetzt, im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst, wird

die angebliche Angst der Beitrittsgegner vor der EU an den Pranger gestellt. Das sei, wird uns gesagt, ein schlechter Ratgeber, der noch teuer zu stehen kommen könnte. Anvisiert werden diejenigen Kandidaten, die "nicht den Mut haben dem Volk endlich reinen Wein einzuschenken" und ihm zu sagen, dass die EU und das supranationale System in Brüssel *gar nicht so schlimm* seien.

Dieser Forderung nach mehr Klarheit über die wirklichen Verhältnisse bei der EU kann ohne weiteres zugestimmt werden; sagte doch **Mitterand** am 17. Mai beim Abgang von seinem Amt als französischer Staatspräsident, dass das "Ideal immer besser ist als die Realität" sei. Der langjährige Präsident der Kommission der EU in Brüssel, **Jacques Delors**, hat besonders im vierten Teil "L'ambition européenne," des zusammen mit Dominique Wolton veröffentlichten Buches ihrer Gespräche über die "Einheit eines Mannes" (L'unité d'un homme, Edit. Odile Jacob, Nov 94) wiederholt recht eindeutig zugegeben, dass die *europäische Konstruktion noch sehr weit von ihrem Ideal entfernt sei*: Dieses Ideal in der ursprünglichen Form kaum je erreicht werden könne. Im Gegenteil, die EU werde noch vor dem Jahre 2000 in eine *gefährliche Krise* geraten, wenn nicht raschestens tiefgreifende Reformen durchgeführt werden.

Der beim europäischen Parlament für das EU-Budget verantwortliche Berichterstatter **François d'Aubert**, neuerdings Staatssekretär und Budget-Direktor der Regierung Juppé in Frankreich, hat gestützt auf die umfängliche, ihm offiziell verfügbare Dokumentation auf mehr als 450 Seiten, unter Anführung zahlreicher, detaillierter und begründeter Beispiele, ein erschütterndes Bild der *strukturellen, administrativen und rechtlichen Unzulänglichkeiten und Unregelmässigkeiten* in bezug auf das Funktionieren des grossen freien Binnenmarkts gezeichnet (Main basse sur l'Europe, Untersuchung über die Abgleitungen in Brüssel, Edition PLON, 1994).

### **Die Gewissensfrage**

Die Frage ist, ob mit dem von den Beitritts-Befürwortern neuerdings so häufig benützten Argument "es sei alles in Brüssel lange nicht so schlimm" nicht eine Art *Beruhigungs-Hypnose* verfolgt wird? Den Schweizern ein-

zureden, sie sollten keine Angst haben, diesem Klub beizutreten. Man könne sich immer "arrangieren," unangenehmen Verpflichtungen auszuweichen. Das läge durchaus im Rahmen einer "Realpolitik", die übrigens, nach d'Aubert, in zunehmenden Ausmass auch von allen EU-Mitgliedern praktiziert wird. Unsere von ihrem Beitritt so begeisterten österreichischen Nachbarn haben allerdings schon sehr früh erfahren müssen, dass in der EU das Arrangieren den Grossen und Starken viel leichter fällt als den Kleinen.

Abgesehen davon würde ein solches "realpolitisches" "Sich-Arrangieren" der grundsätzlichen Einstellungen in unserem Lande zu **Recht und Moral**, aber auch dem im **Völkerrecht verankerten Grundsatz von "Treu und Glauben"** widersprechen. Ein Land, dem die weltweit anerkannte *Glaubwürdigkeit seiner Unterschrift* unter internationalen Verträgen noch etwas bedeutet, besonders ein kleines Land wie die Schweiz, sollte nie irgendeinen Vertrag mit der von EU-Mitgliedstaaten so häufig benützten "reservatio mentalis", das heisst mit dem Hintergedanken unterschreiben, man werde sich dann schon so drehen und wenden, um allzu lästigen Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Für jeden Kandidaten zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst ist es deshalb eine *Ehren-Pflicht*, sich zumindestens Gedanken über *Schein und Wirklichkeit bei der EG/EU* zu machen. Von den Behörden in Bern, der "classe politique", den Medien, den Diplomaten und zahlreichen Professoren und Experten muss jetzt in aller Form verlangt werden, mit der **Wahrheit über die ihnen zum Teil bereits bekannten Wirklichkeit des Gebildes in Brüssel herauszurücken!**

### **Die Konstruktion Europas**

Nach wie vor behaupten die Befürworter eines Beitritts zur EU, dass sich die EU mit der Zeit, und zwar rascher als man glaube, zu einem *staatlichen oder staatsähnlichen Gebilde* auswachsen werde. Gemäss dem am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht würde der heute bestehende gemeinsame Markt mit der dazugehörenden Zollunion zu einer eigentlichen Wirtschafts- und Währungsunion, einer militärischen Verteidigungsgemeinschaft und einer gemeinsamen Aussenpolitik ausgebaut werden. Dazu kämen die notwendigen Institutionen mit einem sukzessiven Ausbau des Systems

von *Mehrheitsentscheidungen*.

In seinem Gespräch mit Dominique Wolton hat sich Delors dazu, als der grosse Kenner der EU, lange nicht mehr so optimistisch geäussert. Das ist wohl auch der Grund, warum sich das nächste Gipfeltreffen am 26/27. Juni in Cannes speziell mit den Schwierigkeiten bezüglich der Verwirklichung der Zielsetzungen von Maastricht befassen wird. Bereits bei ihrem ersten Treffen am 18. Mai in Strassburg haben Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Chirac bestätigt, dass eine **Relance der europäischen Idee** dringend notwendig geworden und dies in erster Linie die **Verantwortung Deutschlands und Frankreichs** sei.

Die Beitrittsbefürworter sollten uns deshalb nicht immer wieder an den Kopf werfen, die EU sei eine *Realität*, an der auch die Schweiz nicht vorbeikomme. Die EU steht und fällt mit der *Realisierung der Zielsetzungen von Maastricht*. (Heute im Jahre 2000 mit denjenigen von Amsterdam, sowie den für die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa notwendigen Strukturreformen) Delors führte die Schwierigkeiten des europäischen Integrationsprozesses im wesentlichen auf die veränderte politische Lage in Europa seit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 zurück.

### **Delors Europa-Idee**

Ursprünglich hatte Delors beantragt, Maastricht zu einem einheitlichen, umfassenden Vertragswerk mit einem klaren institutionellen Rahmen (Ausbau der Kommission zu einer Art Regierung, möglichst selbständig bei ihren Gesetzesinitiativen zu Handen des Europäischen Rats und des Parlaments, letzteres mit verstärkten Kontrollfunktionen) zu machen. Ein Gebilde, bei welchem, wie bei einem Baum, die einzelnen Teile vom wirtschaftlichen bis zur gemeinsamen Aussenpolitik als Teile eines Ganzen - wie die von einem starken Stamm ausgehenden Äste - straff zusammengefasst würden.

Der Widerstand der einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere eine Initiative von Kohl und Mitterand, machte, so Delors, aus Maastricht einen *griechischen Tempel*. Die einzelnen Teile wurden in **drei nebeneinander stehende Säulen** (Wirtschaft und Währung; Aussenpolitik und

militärische Sicherheit; Innere Ordnung und Justiz) mit einem nur nach aussen gemeinsamen Giebeldach, eben der Europäischen Union, konzipiert. Anstatt einer *einheitlichen Grundakte*, die nach ihm nicht von Anfang an eine **Verfassung** hätte sein müssen, wurde nur ein *multilateraler Vertrag* (also ein intergouvernementales, **zwischenstaatliches Gebilde** geschaffen. Ein Vertrag der unterschiedliche Kompetenzen schafft, die einzelnen Sektoren nebeneinander bestehen lässt und keine einheitliche zusammenfassende Führung erlaubt. Zwar habe er vorgeschlagen, wenigstens einen auf mehrere Jahre gewählten, *unabhängigen Präsidenten* vorzusehen, der nach aussen eine einheitliche Präsenz der EU sicherstellen könnte.

Nach innen wurde besonders von Deutschland, eine Verstärkung des Parlaments, des Ministerrats und des europäischen Rats auf der Ebene der Staatsebene, also eine Verstärkung des *nationalstaatlichen Willen*, verlangt. Etwas, das wohl jetzt mit Chirac und vor allem mit Philipp Sequin, dem wiederbestätigten Präsidenten des französischen Repräsentanhauses, einer der Führer der Gegner von Maastricht bei der Abstimmung in Frankreich, noch stärker in Erscheinung treten dürfte! Dabei sollte auch, so d'Aubert, das gegenwärtig alleinige Initiativrecht der Kommission zur Vorlage von Gesetzestexten, das Delors als entscheidend für die Entwicklung der EU betrachtet, beschnitten werden.

Gemäss dieser Architektur würde die *Kommission* zu einem reinen *Exekutiv-Organ*. Das im Vertrag von Maastricht vorgesehene Subsidiaritätsprinzip wäre so klar zu definieren, dass es der Kommission nicht mehr zur Erweiterung ihrer Kompetenzen dienen kann. Als vordringlich werden die inneren Reformen erklärt, mit denen alle bestehenden, von d'Aubert im einzelnen aufgeführten Misstände, zu beseitigen wären. Vorher müsste aber die Währungsunion zumindestens beschlossen sein, was auch nach Delors kaum vor 1999 der Fall sein dürfte. Für Delors ist das besonders bedenklich, weil, wie er das immer wieder erklärt habe, ein *gemeinsamer Markt ohne gleiche Wettbewerbsbedingungen und einer einheitlichen Währung nicht* funktionieren könne: das komme besonders bei den durch das Wechselkursgefälle unter den Mitgliedstaaten verursachten Problemen in der

Landwirtschaft und im Fischfang zum Ausdruck.

### **Das Erweiterungsproblem der EU**

Enormes *Kopfzerbrechen* lösen in Brüssel die Vorschläge zur *Erweiterung der EG/EU* nach Osten aus. Delors sieht durch die Erweiterung gar das Überleben der EG/EU schlechthin in Gefahr, weil mit dem Einstimmigkeitsprinzip eine Weiterentwicklung ohnehin nicht denkbar sei. Das Überleben der EG, sogar als eine einfache Freihandelszone wäre gefährdet. Deshalb habe er in bezug auf den Binnenmarkt *Mehrheitsbeschlüsse* eingeführt.

Diese können bei einem qualifizierten Mehr (einer nach der Bedeu

tung des Mitgliedstaates abgewogene Stimmenzahl) nur funktionieren, wenn die einzelnen Mitgliederländer bereit und auch fähig sind, bei einem weiteren Ausbau mitzumachen, wie zum Beispiel die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Voraussetzungen einer Währungsunion zu erfüllen. Ohne, so Delors, eine ***europäische Währung würde der jetzt bestehende Binnenmarkt auseinanderbrechen.***

Besonders schwierig ist für Delors die Frage **qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse** bei einer Erweiterung der Zahl der Mitgliederländer, wie das von den mittel- und osteuropäischen Ländern immer dringlicher verlangt wird. Er sagt dazu wörtlich "was man nicht à 30 machen könne, müsse man halt denjenigen überlassen, die dazu bereit und fähig sind, ohne allerdings die Gesamtheit eines grossen Europas in Frage zu stellen". Das ist nichts anderes als die vom CDU/CSU-Vorsitzenden Schäuble lancierte und in letzter Zeit in Mode gekommene Idee eines ***Europas der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten.*** Das ist nicht das gleiche wie ein Europa "A la carte", das wir Schweizer uns wünschen.

Gemäss Delors, aber auch Schäuble und Giscard d'Estaing, bedeutet ein Europa der mehrerer Geschwindigkeiten einen starken, **inneren Kern** der EU, dem sich in verschiedenen Kreisen mit *verschiedenen bzw. weniger Rechten, aber den gleichen Pflichten*, die anderen europäischen Staaten anzuschliessen, lese "zu satellisieren" hätten. Letztlich kann nach Delors dieser *innere Kern* nur aus *Deutschland und Frankreich* bestehen. Das ist neuerdings am Treffen in Strassburg von Kohl und Chirac klar zum Ausdruck gebracht worden indem sie betonten, die Verantwortung für

die Relance der Einigung Europas sei ausschliesslich bei Frankreich und Deutschland.

### **Utopie und Wirklichkeit**

Auf jeden Fall ist die EG/EU heute weit entfernt von den ursprünglichen Zielsetzungen eines starken, in sich gefestigten **staatlichen Gebildes** (Staatenbund oder Bundesstaat), das Frieden, Ordnung, eine gewisse wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit auf unserem Kontinent zu garantieren vermag. Ein Block, der weltweit zu einem besseren, wenn möglich friedlicheren Zusammenleben von Völkern und Staaten beizutragen vermöchte.

Es ist nicht einmal gelungen, einen freien, nach aussen geschützten und *einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt* zu schaffen. Zwar sind tausende von Gesetzestexten (Verordnungen, Richtlinien und Empfehlungen) auf allen nur denkbaren Sachgebieten erlassen worden. Margaret Thatcher meinte einmal, es hätte viel weniger als alle diese in die zehntausende gehenden Regelungen gebraucht, um einen freien Markt zu schaffen. Anstatt sich auf klare, einfache, leicht verständliche Grundsätze und Ausführungsvorschriften zu beschränken, enthält jeder Gesetzeserlass der EU zusätzlich noch zahllose Ausnahmen, Abänderungen und zwischen den Mitgliedstaaten ausgehandelte Kompromisse. Dadurch wird der eingangs festgelegte Grundsatz *durchlöchert, verbogen und verklausuliert*, sodass nicht einmal ein Spezialist im Endeffekt weiss, was eigentlich gilt. Oder wie es Chirac bei seiner Erklärung vor dem französischen Parlament in bezug auf sein Land formulierte, sei die *Folge von zu viel Gesetzen, in Wirklichkeit kein Gesetz mehr zu haben*.

d'Aubert stellt dazu fest, dass dadurch der tägliche Geschäftsverkehr innerhalb des grossen Marktes mehr behindert als erleichtert werde. Der ordnungsgemässe Vollzug dieser Erlasse wird erschwert; gleichzeitig wird einer missbräuchlichen Anwendung, besonders auch seitens der weltweit tätigen Lobbies, "Tür und Tor" geöffnet. Als Folge davon, so d'Aubert sei der *Vollzug* in den einzelnen Mitgliederstaaten stark *vernachlässigt, ungenügend koordiniert und praktisch überhaupt nicht von den Gemeinschaftsorganen kontrollierbar* mit dem Ergebnis einer nach aussen an vielen Stellen durchlöchernden

Gemeinsamen Zollmauer. Zudem zeigten die letzten Gatt-Verhandlungen eine in sich gespaltene oder sich nur mühsam zu einer gemeinsamen Handelspolitik durchringenden Gemeinschaft. Trotzdem sind den Mitgliedern direkte Handelsvertrags-Verhandlungen mit Drittstaaten verboten. Von den versprochenen Vorteilen des grossen gemeinsamen Markts ist wohl auf dem Papier viel, aber in der Praxis wenig zu sehen.

Weniger als in einer Freihandelszone, weil bei dieser wenigstens jedes Land auf Grund der verlangten Ursprungszeugnisse selber kontrollieren kann, ob eine Ware eingeführt werden darf. Wie d'Aubert das in seinem Bericht an zahlreichen konkreten Beispielen zeigt, gelangen heute tausende von Tonnen Waren und Dienstleistungen schwarz oder "grau" in den Gemeinschaftsraum, die gar nicht dafür qualifizieren: Wandern dann ungehindert von einem Mitgliedland zum andern; werden auf den dortigen Märkten zu Dumpingpreisen, oder besonders auch bei Nahrungsmitteln, unter Missachtung aller, insbesondere auch hygienischer Sicherheitsvorschriften zum Nachteil der einheimischen Produzenten und Konsumenten, abgesetzt.

### **Mehr Kosten als Vorteile**

Als Folge dieses ungenügenden Funktionierens der EG/EU steht der dafür gemachte **Aufwand in keinem Verhältnis zu dem damit erzielten Nutzen** für einen grossen freien, nach aussen geschützten Binnenmarkt. Das ist angesichts eines bereits 1994 jährlichen Budgets von nahezu 130 Milliarden Schweizerfranken sehr schwerwiegend. Hat bereits zu heftigen Debatten innerhalb der EU geführt und ist einer der wichtigsten Reformpunkte seitens der Deutschen und Franzosen. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass ein grosser Teil dieses Budgets, zu mehr als 2/3, für verschiedene Struktur- und Entwicklungs-Fonds, und finanzieller Unterstützung einzelner Mitgliederstaaten verwendet wird. Davon profitieren in erster Linie Irland und Griechenland, aber auch der "Mezzogiorno" in Italien, Spanien, Portugal, sogar Ostdeutschland, die Landwirtschaft in Frankreich und neuerdings Finnland, um nur die wichtigsten zu nennen.

Wie d'Aubert in seinem Bericht dokumentarisch belegt, geht ein bedenklich hoher Prozentsatz dieser Hilfe "unter-

wegs" zu den Nutzniessern bei vielen *obskuren Vermittlern, offiziellen und weniger offiziellen Stellen*, wenn nicht gar bei der *Mafia verloren*.

Für einen Nettozahler (ein Staat der mehr in die EU-Kasse zahlt als er daraus erhält, wie das für unser Land bei seinem Beitritt der Fall sein dürfte) ist das nicht gerade eine sehr attraktive Perspektive!

Auf jeden Fall wird uns unsere Mitgliedschaft nicht nur finanziell, sondern auch politisch und wirtschaftlich mehr kosten als der damit verbundene Nutzen. Die Frage ist berechtigt "Für was?" - nur um sagen zu können, *man sei dabei*, man "**denke also fortschrittlich**". In Wirklichkeit aber gibt man sich, wie das aus den Ausführungen Delors und d'Aubert klar hervorgeht, nur der *Illusion* hin, bei der Gestaltung des zukünftigen Europa mitreden und irgendwelchen Einfluss ausüben zu können.

Zudem müsste unser Land noch in Kauf nehmen, nicht nur von den Bewohnern der Mitgliedstaaten überrannt zu werden, sondern vor allem von Menschen aus der übrigen Welt, die wegen den laxen Grenzkontrollen gewisser EU-Länder relativ leicht in die Gemeinschaft einzudringen vermögen.

Die EG/EU präsentiert sich vielleicht nach aussen als ein starker Zusammenschluss unabhängiger Staaten, in Wirklichkeit, so d'Aubert, wird sie nach innen von einer *schwerfälligen Technostruktur* und einem bereits heute erschreckende Ausmasse annehmenden *Konglomerat* von internationalen und nationalen, nachlässigen oder korrupten Technokraten, Beamten, Experten, Beratern, Lobbyisten, internationalen Geschäftsleuten jeder Art, einschliesslich der neu entstandenen *EuroMafia* ("Euromerta" genannt) dirigiert. In die EG/EU integriert würden wir darunter noch mehr leiden als dies bereits der Fall ist.

### **Schlussfolgerung**

Die eingangs erwähnten Fragen können in *keinem Punkt positiv beantwortet werden!*

Das heisst nicht, dass die EWG, später die EG und neuerdings die EU keine positiven Seiten bezüglich dem freien Handel und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa aufweisen. Aber irgendwie, da zeichnen d'Aubert aber

auch Delors das gleiche ernüchternde Bild, drängt sich der Eindruck auf, dass beim Aufbau eines einheitlicheren Europas nicht nur alles viel harziger läuft, sondern dass man auch beim bisher Erreichten eher rückwärts oder in eine ganz falsche, wenn nicht gar gefährliche Richtung (wegen neu erwachter Hegemoniebestrebungen) geht.

Wie immer die Entwicklung verläuft, sollten wir jetzt in der Schweiz unsere europäische Zukunft nicht mit Hypotheken belasten, die auf jeden Fall von der gegenwärtigen Wirklichkeit in keiner Weise gerechtfertigt werden!